

Antrag vom 15.09.2023	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Ausländerbehörde: Jetzt müssen weitere Taten folgen

Die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde ist der weltoffenen Stadt Stuttgart nicht würdig: Ein Drittel unbesetzte Stellen, hoher Krankenstand, schlecht ausgestattete Arbeitsplätze, aber auch bundesgesetzliche Regelungen und ein unfassbar kompliziertes Ausländerrecht sorgen abermals für lange Schlangen, verzweifelte Menschen sowie völlig überlastete Mitarbeitende.

Zwar wurden bereits Maßnahmen ergriffen, wie der Ausbau der IT-Betreuung, mehr Sicherheitspersonal oder eine bessere IT-Ausstattung, doch lässt etwa eine Online-Terminvergabe noch immer auf sich warten. Auch die telefonische Erreichbarkeit und Mailbeantwortung sind nicht gegeben. Weder online, geschweige denn vor Ort, bekommen die Menschen die Informationen, die sie brauchen, Mehrsprachigkeit Fehlanzeige. Die räumliche Situation für die Wartenden in der Ausländerbehörde ist unhaltbar. Und noch immer ist das Personalproblem ungelöst.

Viel zu lang wurden die dramatischen Zustände in der Ausländerbehörde von der zuständigen Verwaltungsspitze kleingeredet. Es wurde zugesehen, wie sich die Situation immer weiter zuspitzt. Vorschläge der letzten Jahre zur Verbesserung der Situation wurden vielfach ignoriert und nicht umgesetzt. In der vergangenen Woche hat sich OB Dr. Nopper zwar endlich dazu durchgerungen, sich selbst vor Ort ein Bild zu machen. Nun wollen wir aber auch endlich Taten sehen.

Um den Betrieb in der Ausländerbehörde wirklich zu stabilisieren, sind zahlreiche weitere Maßnahmen erforderlich. Neben einer verstärkten Personaloffensive braucht es auch einen Paradigmenwechsel, eine Willkommenskultur. Nur so nehmen wir die Menschen in ihren Notlagen ernst. Nur so erhält der Wirtschaftsstandort Stuttgart die dringend benötigten Fachkräfte, nur so können die Menschen, die zu uns kommen und sich hier ein Leben aufbauen wollen, ankommen und sich willkommen fühlen in unserer Stadt. Nur so kann Integration gelingen.

Deshalb beantragen wir:

1. Die Verwaltung berichtet zeitnah im Verwaltungsausschuss zu den bisherigen Ergebnissen der Task Force.

Wir bitten hierfür, folgende Maßnahmen zu prüfen:

- a) Die Verwaltung verbessert die Wartesituation vor der Ausländerbehörde. Hierfür schafft sie für die Wartenden zeitnah Sitzgelegenheiten, stellt Wasserspender und Getränke zur Verfügung und schafft einen Zugang zu Toiletten und Internet.

- b) Die Verwaltung verbessert die Ausstattung der Arbeitsplätze der Mitarbeitenden der Ausländerbehörde zeitnah.
- c) Die Verwaltung stellt zeitnah wieder eine Online-Terminvergabe für die Ausländerbehörde zur Verfügung.
- d) Die Verwaltung richtet zudem ein System in der Eberhardstraße ein, das für Notfälle und besonders vulnerable Gruppen – Kranke, Familien mit Kindern und alte Menschen – eine schnelle und kurzfristige Terminvergabe gewährleistet. Vorbild könnte das System der Städte München oder Freiburg sein.
- e) Die Verwaltung stellt sogenannte Lotsen ein, die den Wartenden – so wie beim Jobcenter – vor Ort Hilfestellung geben und dadurch auch die Mitarbeitenden entlasten.
- f) Die Verwaltung baut die Zusammenarbeit mit Unterstützenden wie dem Welcome Center und dem Land weiter aus, die etwa beim Zusammenstellen erforderlicher Dokumente zur Seite stehen könnten.
- g) Die Verwaltung prüft, wie die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter ausgebaut und Weiterbildungsangebote geschaffen werden können.
- h) Die Verwaltung startet eine Kommunikationskampagne: mehrsprachig, digital und analog. Hierzu gehören Plakate und Flyer genauso wie Informationen auf der Homepage der Stadt. Diese müssen schnell auffindbar und übersichtlich organisiert sein. Hierfür sollten insbesondere die Navigation und Suchfunktion verbessert werden. Die Städte München oder Freiburg könnten auch hier Vorbild sein. Zudem soll geprüft werden, ob die Einrichtung einer neuen Webseite oder einer sogenannten Microsite sinnvoll ist.
- i) Die Verwaltung setzt noch mehr auf die Digitalisierung und baut die Online-Services der Ausländerbehörde – Leistungen, Formulare, Informationsmaterial – weiter aus. So sollte insbesondere die „Anfrage zur Durchführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens“ für Unternehmen als Online-Formular zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sollten Unterlagen für eine Einbürgerung online eingereicht werden können.
- j) Die Verwaltung baut ihre Personaloffensive weiter aus, um noch mehr Mitarbeitende für die Ausländerbehörde zu gewinnen. Zudem prüft sie, ob vorübergehend weitere städtische Mitarbeitende aus anderen Abteilungen in die Ausländerbehörde versetzt werden, um diese personell zu unterstützen.
- k) Die Verwaltung berichtet über den Stand der aktuellen externen Organisationsuntersuchung. Falls weitere externe Untersuchungen erforderlich sein sollten, soll zusätzlich ein Vorschlag für ein System erarbeitet werden, wie bei Engpässen kurzfristig Abhilfe geschaffen werden kann.
- l) Die Verwaltung beurteilt die Stellungnahme der sachkundigen Mitglieder im Internationalen Ausschuss zur Situation der Ausländerbehörde vom 11. September 2023. Außerdem legt sie dar, inwieweit organisatorische Änderungen in der Verwaltungsstruktur helfen könnten, die Situation der Ausländerbehörde langfristig zu verbessern.
- m) Neben den oben genannten Maßnahmen ist auch der Umgang mit den Kund*innen der Ausländerbehörde wichtig. Daher bitten wir um eine Neubenennung des Amtes. Der neue Name soll die Weltoffenheit zum Ausdruck bringen, zu der die Stadt Stuttgart steht.

Gez.



Petra Rühle
Fraktionsvorsitzende
B'90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion



Björn Peterhoff
Fraktionsvorsitzender
B'90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion